

**Festrede
des GdP-Landesvorsitzenden Arnold Plickert
beim 31. Ordentlicher Landesdelegiertentag
der Gewerkschaft der Polizei NRW**

Dortmund, 2. April 2014

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Als Landesvorsitzender möchte auch ich mich zu allererst für ihr, für euer
Kommen bedanken.

Die Festveranstaltung im Rahmen des Landesdelegiertentags bietet einen guten
Rahmen, um in angenehmer Atmosphäre nicht nur angeregt zu diskutieren,
sondern auch auf die Erfolge der vergangenen vier Jahre anzustoßen und sich auf
das, was noch kommt, einzustimmen.

Es ist eine gute Tradition, dass der GdP-Vorsitzende auf dem
Landesdelegiertentag auch in diesem Rahmen einige grundsätzliche Worte
verliert. Vor dem Delegiertentag habe ich bereits gestern in meiner
Grundsatzrede zu den Herausforderungen, vor denen wir als Gewerkschaft und

als Polizei stehen ausführlich Stellung genommen. Ich werde mich daher an dieser Stelle auf drei zentrale Punkte beschränken.

1. Die Personalentwicklung
2. Die Dienstrechtsreform
3. Die Entwicklung der Gewalt gegen die Polizei

Zur Personalentwicklung

Seit dem Jahr 2000 hat die Politik 1.900 Stellen bei der Polizei in NRW abgebaut. Wir haben eine Krankenquote von in Durchschnitt 8%. Unsere Ermittlungserfolge werden in wichtigen Deliktsfeldern, wie etwa beim Wohnungseinbruch, von der Kriminalitätsentwicklung aufgeessen.

Ich möchte an dieser Stelle keine Debatten darüber führen, wer für den Personalabbau der letzten 14 Jahre verantwortlich ist. Das bringt uns nicht weiter. Wichtiger ist: 1.500 Neueinstellungen reichen nicht aus, um die auf uns zurollende gigantische Pensionierungswelle abzufangen. Wird die Zahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter nicht erneut erhöht, gehen uns bis 2020 mehr als 600 Kolleginnen und Kollegen verloren. Bis 2025 werden es sogar 3.700 sein.

Zu Beginn des letzten Jahres haben wir mit der Aktion Polizei 2020 auf dieses sich entwickelnde Szenario hingewiesen. Wir haben der Landesregierung auch gesagt, dass sie maximal zwei Jahre Zeit hat, eine Lösung für das Problem zu finden und auch umzusetzen.

Eine Lösung ist es aus unserer Sicht aber keinesfalls, jetzt lediglich die Organisation der Polizei im Lande umzustricken. Zumal jeder, der so eine Organisationsreform angeht, zwei wichtige Fragen beantworten muss **und zwar vorher: Welche Aufgaben soll diese Polizei zukünftig erledigen? Und wieviel Personal wird sie dafür zur Verfügung haben?**

Für die GdP ist die Richtung klar: In Zukunft muss gelten, dass jede Zurruesetzung ausgeglichen werden muss.

Das allein wird aber nicht reichen. Wir brauchen eine gemeinsame Anstrengung, um Ausfallzeiten in Zukunft so weit wie möglich zu verringern.

Wissenschaftler sind nicht dafür bekannt, dass sie sich alle einig sind. Wenn es aber um gesundheitsförderliche Schichtdienstmodelle geht, sind sich alle einig: Mit 41 Stunden geht das nicht. 41 Stunden Schichtdienst machen krank. Gesundheitsmanagement heißt zu aller erst, dass man krank machende Arbeitsbedingungen abschafft und Arbeit wo immer es geht so gestaltet, dass die Beschäftigten gesund bleiben.

Und was passiert mit den Menschen, die dann trotzdem nicht mehr können? Der Altersstrukturbericht zeigt vor allem eines überdeutlich: Wird nicht gegen gesteuert, werden wir es nicht nur mit weniger Polizisten zu tun bekommen, sondern aller Voraussicht nach mit noch mehr langfristigen und dauerhaften

Erkrankungen unter denen, die dann noch da sind. Eine Antwort auf die drängende Frage, welche Zukunftsperspektive das Innenministerium den Kolleginnen und Kollegen bieten kann, die während des Dienstes bei der Polizei dauerhaft erkrankt sind, gibt es bislang nicht.

Für die GdP ist klar: Im Dienst erkrankte Polizistinnen und Polizisten müssen entsprechend ihrer gesundheitlichen Möglichkeiten weiter bei der Polizei eingesetzt werden. Rehabilitation statt Aussonderung muss die Devise heißen. Wir müssen krank machende Arbeitsfaktoren abbauen, statt Kranke auszusortieren.

Ausfallzeiten haben aber auch bei der Polizei nicht nur etwas mit Krankheit zu tun. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist längst kein weiches Thema mehr, sondern sie ist mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Polizei.

Wenn wir die Frage der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht endlich ernsthaft angehen, werden wir schon bald bei der Polizei gigantische Familienausfallzeiten erleben.

Damit bin ich beim zweiten Punkt angelangt, den ich ansprechen möchte:

Zur Dienstrechtsreform

Wir werden diese Dienstrechtsreform auch weiterhin an den Aussagen des Koalitionsvertrages messen: „Wir wollen einen starken öffentlichen Dienst als wesentliche Voraussetzung für einen handlungsfähigen, bürgerfreundlichen Staat und als wichtige Säule für ein demokratisches und friedliches Zusammenleben.“

Ich möchte an dieser Stelle nicht in die Einzelheiten gehen, warum die bisherige Geschichte der Dienstrechtsreform bei den Beschäftigten als das genaue Gegenteil von dem angekommen ist. Dazu reicht eigentlich eine einzige Zahl: 3,1 Milliarden Euro. Das ist das Sonderopfer, das die Beamtinnen und Beamten des Landes NRW schon jetzt Jahr für Jahr zur Sanierung des Haushalts erbringen. Allein auf das Konto dieser Landesregierung gehen davon über 710 Millionen Euro.

Das Zauberwort der Landesregierung in Verbindung mit der Dienstrechtsreform lautet immer: Kostenneutralität! Wenn wir also über eine kostenneutrale Dienstrechtsreform reden, dann fangen wir genau da an, bei einem Kontostand von minus 710 Millionen Euro.

Mit der GdP wird es keine weiteren Einschnitte geben. Eine erneute Verlängerung der Lebensarbeitszeit kommt nicht in Frage. Wir bestehen auf einer Dienstrechtsreform, die den Polizeidienst tatsächlich attraktiver macht und den Beschäftigten den Beweis liefert, dass sie nicht nur sonntags mit warmen Worten wertgeschätzt werden und man ihnen den Rest der Woche in die Tasche greift.

Ich komme zum letzten Punkt:

Zur Gewalt gegen die Polizei

Ich bin stolz, dass es dieser GdP gelungen ist, heute ein Forum zu schaffen, auf dem erstmals die Ergebnisse der NRW-Studie Gewalt gegen die Polizei diskutiert werden. Inhaltlich werden wir uns am heutigen Nachmittag noch ausführlich mit der Studie befassen. Dem Landesdelegiertentag liegt ein Initiativantrag des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands zum Thema vor.

Für die GdP ist eines klar: Angesichts von über 11.000 Übergriffen im vergangenen Jahr und 1.800 verletzten Kolleginnen und Kollegen allein im letzten Jahr gehört dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung - nicht nur bei diesem Delegiertentag. Das ist kein Thema mit dem sich nur die Polizei auseinandersetzen muss. Werteverlust, Respektlosigkeit und steigende Gewaltbereitschaft sind Themen, die Justiz, Politik und die gesamte Gesellschaft angehen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen gleichermaßen anregenden und unterhaltenden Nachmittag und Abend. Die Zeiten sind nicht einfach. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Das heißt aber nicht, dass es nichts zu feiern gibt.

Diese GdP hat sich in den vergangenen vier Jahren einmal mehr als gestaltende Kraft in der Polizei durchgesetzt. Dieser Delegiertentag ist dabei, die Weichen für weitere vier erfolgreiche Jahre zu stellen. Gemeinsam sind wir stark, Wir sind der Motor der Mitbestimmung, wir sind die gestaltende Kraft in dieser Polizei, wir werden unsere Zukunft sichern.

Vielen Dank!